

Bezugspreis:

Bezugspreis: 6.75 RM. monatlich, 2.25 RM. vierteljährlich, 8.25 RM. halbjährlich, 30 RM. jährlich. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntag einmahl.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Montag, den 23. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 69, Lindenstr. 3. ...

Entente gegen Bolschewismus.

London 22. Dezember. Das Reutersche Bureau erfährt von maßgebender Stelle, daß die ganze russische Frage einer ernsthaften Prüfung durch die Alliierten unterliegt. ...

Es sind in der letzten Zeit zahlreiche beunruhigende Berichte über das Anwachsen der bolschewistischen Armee erschienen, aber man betrachtet die Zahl als stark übertrieben. ...

In der Ukraine ist die Lage sehr verwickelt. Die Hoffnung erscheint begründet, daß die von den Alliierten verfolgte Politik die Einigkeit zwischen den verschiedenen ukrainischen Regierungen herbeiführen wird. ...

Wilschukow verlangt schnellstes Eingreifen der Entente.

Basel, 21. Dezember. (Z. N.) Der Admetenführer Wilschukow, der bereits heute die Geschäfte des erkrankten altrussischen Staatswesens führt, erklärte einem Mitarbeiter der „Epoca“, daß die Intervention der Entente in Rußland unumgänglich sei. ...

Die Friedenskonferenz.

Weitere hinausschiebung? - Oessentlichkeit.

Amsterdam, 22. Dezember. (Z. N.) Nach dem „Echo de Paris“ wird die Friedenskonferenz infolge der Reise Wilsons nach England, der Wahlen und des beabsichtigten Kabinettswechsels hinausgeschoben werden. ...

Bern, 22. Dezember. Nach den Pariser Zeitungen hielt gestern die amerikanische Friedensdelegation ihre erste Zusammenkunft ab, die sie täglich mit der amerikanischen Presse haben wird. ...

Der Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Romanones in Paris hat zum Ziel, die Teilnahme Spaniens an den Friedensverhandlungen zu ermöglichen.

Bern, 22. Dezember. Die „Freiburger Nachrichten“ melden: Der englische Arbeiterkongress richtete an Wilson im Namen von 5 Millionen englischen Arbeitern ein Telegramm, worin von Wilson Frieden mit sofortiger Errichtung des Völkerbundes und der Abrüstung verlangt wird. ...

Vorbereitung zur Nationalversammlung.

Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und Teltow.

Vorhandlungskonferenzen der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Teltows beschäftigten sich gestern mit der Aufstellung der Kandidaten zur Nationalversammlung. ...

Vorgeschlagen für Berlin sind: Ebert, A. Fischer, S. Heimann, A. Schmidt, E. Ernst, Frau Bohm-Schuch, Frau Martha Hoppe, Pfannkuch, Boegisch, Ritter, Buschid, Lüdemann, Paul Dirsch und Heilmann.

Für Teltow: Ebert, Krüger, Frau Knyed, Krumm, Pagels, Doh, W. Cohen, Küster, Gertrud Scholz.

Wiederaufleben des internationalen Verkehrs.

Basel, 21. Dezember. (Z. N.) Von unterrichteter Seite erfährt der Korrespondent der „Telegraphen-Allianz“, daß die Verhandlungen zwischen den schweizerischen, französischen und deutschen Behörden wegen der Wiedereröffnung des direkten Verkehrs bis zu den badischen und elsässischen Bahnhöfen vor einem günstigen Abschluß stehen. ...

Wie der „Secolo“ meldet, ist der Hafen von Smyrna in Kleinasien seit fünf Tagen für die internationale Schifffahrt wieder geöffnet.

Die tschechische Gefahr für Sachsen.

Die Ansprüche Polens auf wertvolle Gebietsteile im deutschen Osten sind von brennendem Ernst. Insbesondere ist die Gefahr, die den deutschen Besitz des ober-schlesischen Kohlengebietes von polnischer Seite droht, in größter Nähe. ...

Die Lage auf dem Kohlenmarkt gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Für Sachsen fehlten im November 30 000 Wagen zu je 10 Tonnen und für Dezember wird mit noch größeren Ausfällen gerechnet werden. ...

Französische Sperrmaßnahmen.

Gefährdung von Frankfurt a. M.

Berlin, 22. Dezember. Der französische Kommandant von Höchst hat angeordnet, daß der gesamte Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und der neutralen Zone, also auch zwischen Höchst und Frankfurt a. M. völlig gesperrt wird. ...

Die deutschböhmisches und süd-tiroler Frage in Ziffern.

Aus Deutschösterreich wird uns geschrieben:

Die Tschechen fahren planmäßig fort, Deutschböhmen gewaltsam „in Besitz“ zu nehmen. Die Italiener wieder benützen jeden Anlaß, eindringlich zu zeigen, daß sie das von ihnen besetzte Gebiet Deutsch-Südtirols dauernd zu behalten gedenken. ...

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1910 betrug die Gesamtbevölkerung Böhmens 6 763 378 Seelen. ...

Den Tschechen ist natürlich diese nationale Schädigung sehr gut bekannt. Darum versuchen sie schon heute das Wilsonsche Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker für ihre Zwecke zu präparieren. ...

Den Spuren der Tschechen folgen die Italiener. Sie sind die Erfinder des schönen Wortes, daß über dem Rechte der nationalen Selbstbestimmung die Notwendigkeit der strategischen Sicherung des eigenen Landes stehe. ...

Identifizierten und in Deutsch-Tirol nach wie vor ihre eigene nationale Existenz leben würden, auf beiden Seiten nur verschwindende nationale Minderheiten. Es ständen nach der Volkszählung vom Jahre 1910 einander gegenüber: In Deutsch-Tirol rund 510 000 Deutschen rund 8 1/2 Tausend Italiener; im italienischen Tirol rund 361 000 Italienern rund 5 1/2 Tausend Deutsche. Die nationale Frage in Tirol wäre geradezu restlos gelöst.

Was geschähe aber, falls gegen alle Vernunft, gegen alle so feierlich verkündeten Grundzüge der nationalen Gerechtigkeit das neue italienische Schlagwort „Italien bis zum Brenner“ verwirklicht würde? Folgendes Bild ergäbe sich: in Deutsch-Tirol ständen rund 292 000 Deutschen nur rund 2000 Italiener gegenüber; im italienischen Tirol umfasse aber die Bevölkerung neben rund 381 000 Italienern und 20 000 Ladinern nicht weniger als 221 000 Deutsche. Mehr als zwei Fünftel der ganzen deutschen Bevölkerung Tirols würde unter fremdnationale Herrschaft geraten.

Schon die wenigen Ziffern zeigen, zu welchen Folgen es führte, die tschechischen und italienischen Imperialisten freischalten und walten zu lassen. Gewiß wäre man innerhalb der Entente nur allzu leicht geneigt, lächelnd zuzusehen, wie das von ihr so oft berufene Selbstbestimmungsrecht der Nationen zum Nachteil des deutschen Volkes einfach beiseite gestoben würde. Aber das eigene Interesse wird die unmittelbare nicht beteiligten großen Völker zwingen, auf der Friedenskonferenz den Annexionisten in den Arm zu fallen. Oder sollten die Lehren des Krieges vergebens gewesen sein? Sollte man es wirklich darauf ankommen lassen wollen, daß ein zweites, an Sprengkraft verheerendes Elsch-Lothringen die Welt mit gesteigerter Schnelligkeit einer neuen schrecklichen Katastrophe zutriebe?

Frankreich ohne Rede- und Pressfreiheit.

In der „Humanité“ protestiert Cachin gegen die Anhebung der Zensur und der Redefreiheit in Frankreich, wo man durch Zensur und Belagerungszustand alle freirechtlichen Bestrebungen zu ersticken sucht. Dieser Zustand sei unerträglich und gefährlich. Das Geheimnis, mit dem die Regierung ihre verdächtigen Pläne umgibt, werde jeden Tag durch neue Indiskretionen gelüftet und trage nur dazu bei, alle freirechtlichen gesinneten Elemente Frankreichs vollends zu empören. Cachin fährt fort: Nach dem Zusammenbruch des deutschen Militarismus stellen die französischen Chauvinisten durch ihre Forderungen den unbestreitbaren Sieg in Frage. Nur die Arbeiterführer, einige Republikaner und die Intellektuellen verteidigen in den alliierten Ländern die Wilsonschen Grundzüge. Es wird daher ganz dringend notwendig, daß die französischen Arbeiter sich anschließen, sich durch eine methodische geordnete Agitation zu verteidigen. Wenn sie sich jetzt ihren Kameraden in England nähern könnten, so wäre die Wirkung noch größer und sicherer. In der jetzigen Stunde versuchen die militarisch besiegten Völker inmitten unermüdlicher Schwierigkeiten und Irrtümer im eigenen Lande die sozialistische Republik zu errichten. Es wäre wahrlich ein unerträgliches Paradoxon, wenn wir in Frankreich untätig und machtlos den Fortschritten der Reaktion zusehen müßten, die täglich den Tod unserer gesamten Presse und das Ende unserer Partei schamlos ankündigt.

Die deutschen Schiffe in der Türkei.

Internierung der Deutschen in Frankreich.

Genf, 22. Dezember. (L. U.) Nach einer Meldung des „Matin“ hat der französische Oberkommandierende in Konstantinopel, Admiral Amal, die Requisition der in türkischen Häfen liegenden deutschen Schiffe angeordnet.

Berner ist eine Anzahl von Deutschen und Oesterreichern aus verschiedenen Orten der europäischen und asiatischen Türkei nach Frankreich gebracht worden, wo sie bis zum Friedensschluß interniert werden.

Ein Volk — eine Schule!

Einheitliche Schulgesetzgebung und Schulverwaltung.

Der Gedanke der Einheitschule, der zuerst nur als eine Frage des Schulaufbaues behandelt wurde, beginnt alle Gebiete des Schulwesens zu durchdringen. In den Ausführungen zu der Schulforderung des Deutschen Lehrervereins, die von der Geschäftsleitung des Deutschen Lehrervereins veröffentlicht worden sind, wird nunmehr das ganze Schulgebiet, einschließlich der Lehrerfragen und der Schulverwaltung und Schulunterhaltung, unter dem Gesichtspunkte der Erziehung und Bildung aller Jugend im Staate nach Höhe ihrer Fähigkeiten und ihres Bildungswillens, ohne Rücksicht auf Vermögen, Stand und Glauben der Eltern, zusammengefaßt. Diesem Zwecke der Schule entsprechend, verlangen die Vorschläge den Aufbau der Schule nach dem bekannten Plane vom Kindergarten bis zur Hochschule, die Regelung der Schulpflicht vom 4. bis zum 18. Lebensjahre, also von der Kleinkinderschule bis zur Fortbildungsschule und Berufsschule, eine Schulverwaltung und Schulunterhaltung, die alle Schulen, von der Grundschule bis zur Ober- und Berufsschule, gleichmäßig umfaßt, eine einheitliche Lehrerbildung, Lehrerbeförderung und Lehrerentlohnung, gemeinsame große Veranstaltungen zur Pflege der Erziehungswissenschaft, Freiheit und Selbstständigkeit des Lehramtes, Unertelbarkeit des Unterrichts, der Unterrichtsmittel und freien Unterhalt und freie Kleidung für die ärmere Jugend, um auch den Unbemittelten den Zugang zu allen weiterführenden allgemeinen und Berufsschulen zu sichern. Nur als einheitlich aufgebaute Erziehungsanstalt mit einheitlicher, in sich verbundener Verwaltung aller Zweige und Stufen, unter weitestgehender Beteiligung der Selbstverwaltung kann die öffentliche Schule ihre Aufgabe restlos erfüllen. So nur können auch die besonderen Bildungseinrichtungen für Blinde, Taubstumme, Schwachbegabte, krankhaft veranlagte und fittlich gefährdete Kinder für das ganze Staatsgebiet geschaffen und so die Versorgung des Staates mit Schülern aller Grade nach den tatsächlichen Bedürfnissen durchgeführt werden.

Die so eingerichtete, aller Jugend in gleicher Weise offenstehende Schule läßt aber trotzdem Raum für besondere Bildungsbedürfnisse. Der Deutsche Lehrerverein sagt hierzu in seinem Zeitungsbeitrag: Die Erziehungsfreiheit, als ein wesentlicher Teil der staatsbürgerlichen Freiheit, wird durch sie nicht angetastet. Es steht jedem Staatsbürger frei, die öffentlichen Bildungsanstalten, bis völlig unentgeltlich sind, zu besuchen, aber auch durch häusliche Erziehung oder durch Inanspruchnahme nicht öffentlicher Schul- und Erziehungsanstalten der Schulpflicht für seine Kinder zu genügen. Und während die öffentliche Schule nur Religions-

Reichskonferenz der Eisenbahner.

Wegen Postrennungsbestrebungen.

Im Gewerkschaftshaus fand am Sonnabend und Sonntag eine Reichskonferenz des freigewerkschaftlichen deutschen Eisenbahnarbeiterverbandes statt. Finanzminister Simon hielt eine Ansprache, in der er vor übertriebenen Lohnforderungen warnte. Die Arbeiter dürften nicht zu Revolutionsgewinnern werden, sonst gehe der Staat zugrunde. In der Aussprache wurde von allen Rednern betont, daß wilde Streiks und übertriebene Lohnforderungen in der Privatindustrie meist von Unorganisierten ausgehen.

Von Delegierten aus Danzig, Oberschlesien und Rheinland wurde über die Agitation der ultramontanen und großpolnischen Kreise berichtet, die auf eine Abtrennung von Deutschland hingen. Die Vertreter von Danzig und Oberschlesien erklärten, daß sie eine polnische Befreiung mit dem Generalstreik beantworten würden.

Auf Antrag von Schubert (Köln) wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der Protest erhoben wird gegen die ultramontan-kapitalistischen Abtrennungsbestrebungen. Die Errungenschaften der Revolution könnten nur sichergestellt werden in einer großdeutschen Republik, zu der auch Deutschösterreich gehören müsse.

Tagung der A.- und S.-Räte des Kreises Teltow.

Gestern tagten die Räte des Kreises Teltow. Zunächst erstattete Frehmann Bericht über seine Tätigkeit im Landratsamt. Auf seine Kontrolltätigkeit hin, die er in den Gemeinden des Kreises ausgeübt hat, haben eine ganze Anzahl Gemeindevorsteher, so in Landsitz, Pöhl, Seebendorf usw., von ihren Posten zurücktreten müssen. Er hat weiterhin die Beobachtung gemacht, daß eine erneute Bestandaufnahme der Karloffeln erfolgen muß, um die Vorräte der großen Grundbesitzer besser erfassen zu können. Auch in der Milchabgabe müsse eine schärfere Kontrolle ausgeübt werden. Stredter behandelte in einem folgenden Referat die Regelung des Sicherheitsdienstes, die notwendig sei, um die übernehmenden Diebstähle, vor allem aber den Schleichhandel zu unterbinden. Er schlug eine zentrale Regelung vor.

Krüger berichtete über die Tagung der Reichskonferenz und behandelte die Frage eines Zusammengehens der beiden sozialistischen Parteien in bejahendem Sinne.

In der anschließenden Debatte verlangte Peters, die Beschlagnahme von Lebensmitteln müsse den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten überlassen bleiben, weil sonst die Gefahr bestände, daß die Zentralstelle in den meisten Fällen zu spät kommen werde.

Eine Entschließung sprach der Zentralstelle das Vertrauen der Tagung aus. Die Zentralstelle wurde beauftragt, bis zur nächsten Tagung die Geschäfte in der bisherigen Weise weiterzuführen.

Der Streik im Ruhrrevier.

Nach 17 000 Streikende.

Essen, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf Jecha Jakobi und Gotteslegen bei Dortmund sind die Belegschaften heute angefahren. Die Zahl der Streikenden hat sich dadurch um 3000 auf 17 000 vermindert.

Keine Einigung in Bayern.

Die Unabhängigen wollen nicht.

Auf der Landeskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokraten Bayerns in München ist auch die Frage eines Zusammengehens mit den Reichssozialisten bei den Wahlen erörtert worden. Die Unabhängigen lehnen ein Zusammengehen ab. Dagegen haben sie einer Verbindung der beiderseitigen Listen zugestimmt.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Wautz. Bei den Arbeiterwahlen in Wautz erhielten laut „Völk. Anzeiger“ die Reichssozialisten 10 038, die Unabhängigen 2020 Stimmen.

Die Pleite der Nationalliberalen.

Eine nicht lebensfähige Umgründung.

In der „Vossischen Zeitung“ gesteht der frühere Jungliberale Dr. Marwiz ein, daß die Nationalliberalen ihr Daseinsrecht verloren haben. Er schreibt:

Die Zustände waren in den letzten Jahren unerträglich geworden. Die erfolgversprechenden Bestrebungen von uns Jungliberalen, den aufstrebenden Reumittelstand für die Partei zu gewinnen, scheiterten an dem Widerstand innerhalb der Partei. Bei den Wahrestkämpfen ging der Witz durch die Landtagsfraktion hindurch, deren noch rechts gerichteter Teil auch gegenüber der überwiegenden Mehrheit des preussischen Vertretertages bei seiner Auflösung verblieb.

... So zerbrach die Nationalliberale Partei letzten Endes, weil diejenigen Elemente die von vornherein konservativ gesonnen waren, sich aber nicht zu den Konservativen bekennen wollten, in ihr noch immer enthalten waren.

Mit einer geringen Zufallsmehrheit habe der Zentralvorstand beschlossen, die Partei als „Deutsche Volkspartei“ weiterzuführen. Diese Partei (als deren erster Kandidat Strösemann in Ostpreußen aufgestellt wurde, sei nicht lebensfähig. Herr Dr. Marwiz hat sich für die „Deutsche Demokratische Partei“ entschieden, die aber ihre Lebensfähigkeit auch erst beweisen muß. Viele Leute sind der Meinung, wie immer man die liberalen Restparteien zerlegt und wieder zusammenlegt, etwas Gutes wird doch nicht mehr daraus.

Die Herrschaften links.

Um etwas Konit wird gebeten!

Das Organ des Spartakusbundes fährt fort, das Unglück in der Chauffeestraße und das Begräbnis seiner Opfer in der würdevollsten Weise auszuklaffen. Er erzählt seinen dreihundert Lesern, daß Spartakus jetzt in Berlin „mindestens“ 300 000 Anhänger habe, bei denen allen der Ruf „Nieder mit Ebert-Scheidemann!“ ein bonnergleiches Echo weckt. „Die Revolution der Straße lebt, sie denkt nicht daran, abzutreten usw.“

Die 300 000 sichern Spartakusanhänger werden doch wenigstens zur Hälfte über 20 Jahre alt sein. Wieben also 150 000 Berliner Wähler und Wählerinnen, deren Eignerhaft gegen Ebert-Scheidemann am 10. Januar „donnerstags“ in Erscheinung treten müßte. Wenn aber das Volk mit Spartakus ist, so möchten wir uns die Frage erlauben, warum Spartakus sozialer Mut auf der Straße und so entsetzliche Angst vor der Wahlurne hat.

Die „Freiheit“ hatte gestern einen guten Tag. In der Raummenge des Wochenblatts muß sie sozialdemokratisches und sozialistisches so durcheinanderzubern, daß kein Mensch daraus klug wird. Gestern hatte sie ein sozialdemokratisches Hauptblatt und eine spartakistische Beilage. Im Hauptblatt bereitet sie durch einen höchst mohlollen und verständigen Leitartikel das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten vor. Im Beiblatt trägt sie alle spartakistischen Häubergeschichten auf und zitiert den „Vorwärts“ zu dem dem konterrevolutionären Dezemberpuls nachstehenden Streifen. Sie spricht vorsichtig, ohne Namen zu nennen, von einer „schwarzen Clique“ und zitiert dann wohlgefällig ein Versehen über den „Katholik Wels“. Sie berichtet über Liebknechts Reden, wonach die „schwarze Clique“ aus Ebert-Scheidemann und Wels besteht, und findet kein Wort der Entgegnung.

Wir möchten uns da die Frage erlauben: Wenn wir Sozialdemokraten solche konterrevolutionäre Schurken haben, warum sitzen dann die Unabhängigen mit uns in einer Regierung, warum wollen sie bei den Wahlen durch Listenverbindung mit uns zusammengehen und wie können sie den Gedanken einer völligen Wiedereinigung diskutieren? Die Politik der „Freiheit“ läßt sich melodramatisch (etwas im Girardistischer Stil) in die Worte zusammenfassen: „Du niederträchtige Schurk, Hölle, Erzspinnweb — komm an mein Herz, wir wollen Brüder sein!“

Das Wahlergebnis in Mecklenburg-Strelitz. Die Wahlen zur Landesparlamentarischen Versammlung in Mecklenburg-Strelitz haben nicht, wie zuerst gemeldet, 20 Sozialdemokraten und 20 Bürgerliche erwählt ergeben, sondern 21 Sozialdemokraten und 21 Bürgerliche.

und seine Aufzeichnungen machen. Etwas in der Höhe von 27 000 Fuß mußte er sich der Brille entledigen. Jetzt waren seine Hände bereits vollständig mit Blut bedeckt. Die kalte rauhe Luft entlockte seinen Augen Tränen, und er mußte seinen Kopf tief in die Maschine hineinbeugen, um fliegen zu können. In der Höhe von beinahe 29 000 Fuß ging ihm der Sauerstoff aus; er begann sich sehr verdrossen zu fühlen und konnte nicht begreifen, daß er erst 29 000 Fuß geflogen sein sollte, da er doch schon so lange flog. Auch wollte ihm zeitweise so scheinen, als lände der Horizont an einem fassenden Orte. Schließlich begann der Motor auszuweichen und es war kein Gasolin mehr vorhanden. Schröder begann daher den Abflug. Bereits in der Höhe von 20 000 Fuß fühlte er sich viel besser. In der Höhe von 16 000 Fuß bemerkte er eine Wellenlinie, und er glaubt sich zu erinnern, daß aus diesen Wellen auf eine niedrigeren Wellenlinie in Höhe von etwa 4000 Fuß Säure fiel. Erst hinter dieser Höhe von 4000 Fuß sah er wieder Land. Er landete in der Nähe der Stadt Canton, die über 200 engl. Meilen von seinem Abflugplatz in der Nähe der Stadt Dayton entfernt liegt.

Notizen.

— Freie Volkshäuser. Infolge der bestehenden Verlehrschwierigkeiten ist Oskar Fried verhindert, die Konvente des Verbandes der freien Volkshäuser, die am 26. Dezember und 1. Januar, mittags 12 Uhr, in der Völkermesse stattfinden, zu dirigieren. Der Erste Kapellmeister des Vereins, Dr. Arch Stiedra hat die Leitung derselben übernommen.

— In der Wohlharmonie führt der Mittelchor am 20. Dezember Verbovens „Missa solennis“ auf. — Der zum 2. Januar angeordnete Schubert-Abend von Julia Culp ist ausverkauft. Der vierte Wiederabend der Künstlerin findet am 20. Januar statt.

— Der Vordenä. Werner Sombart spricht über Kunst am 25. Dezember, 8 Uhr abends, im Lindworth-Schwarzenfalksaal über das Thema „Der Vordenä“.

— Colima Wagner. Die Mitteilung, daß die Gattin Richard Wagners ihrer schweren Erkrankung bereits erlegen sei, wird nicht bestätigt.

— Vom Märchendichter Andersen berichten Erinnerungen, die Frau Niamor Sorensen in Kopenhagen veröffentlicht. Sie betreffen das holländische Leben der vierziger und fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Es erscheint darin jetzt junge, hilflose Handwerkerkinder aus Änen, der noch nicht einmal richtig dänisch schreiben konnte und hinter den glänzenden Namen, die in der damaligen dänischen Literatur leuchteten, völlig verblüht.

Als Andersen erste Märchen erdichtete, wurden sie nur ausgedacht oder ganz übersehen; und die sie lasen, fanden, daß die heut längst vergessenen Märchen von Nothach besser seien, weil „sie mehr Moral hatten“.

— Der Monistische Taschenkalender 1919 ist im Verlag von Ernst Reinhardt in München erschienen. Er ist dem Andenken des Vorkämpfers der freireligiösen Bewegung im deutschen Süden, Karl Scholl, gewidmet.

unterricht in dem Sinne erteilt, daß sie Religion als vorhandenes Bildungsgut ohne jeden Gewissens- und Bekenntniszwang übermitteln. Können in den privaten Lehr- und Erziehungsanstalten Religionsunterricht und Bekenntnisübung völlig frei gepflegt werden. Ebenso sollen alle das Gewissen drückenden, die Freiheit der Lehre und die staatsbürgerliche Betätigung der Lehrer einschränkenden Bestimmungen und Einrichtungen beseitigt werden.

Wenn das Schulwesen als ein einheitlicher, großer Organismus eingerichtet wird, so werden alle die kleinen und kleinsten besonderen Regelungen überflüssig, und die Lösung: Ein Volk — eine Schule! erhält an jeder Stelle tatsächliche Bedeutung.

Der junge Volksstaat, der im Werden ist, kann die Schulfrage nicht anders lösen. Er muß den von Fichte gegebenen Rahmen folgen und dessen Vermächtnis erfüllen. Freiheit kann nicht ohne Bildung gedeihen und Bildung nicht ohne Freiheit.

Der höchste Höhenflug.

Ein amerikanischer Flieger, Kapitän R. B. Schröder, hat eine neue Höchstleistung im Flugwesen erreicht. Bei einem Fluge im Staate Ohio erreichte er die Höhe von etwa 8810 Metern (28 900 engl. Fuß) über der Erde. Ueber diesen Flug hat er einen Bericht erstattet, dem wir die folgenden Mitteilungen entnehmen. Schröder hat verschiedene vorbereitende Flüge unternommen, ehe er die genannte Höhe erreichte. Bei einem ersten Fluge gelangte er 24 000 Fuß hoch, beim zweiten bis zu 27 000, und erst der dritte führte ihn bis beinahe 29 000 Fuß. Er glaubt jetzt aber sogar bis zu 30 000 Fuß gelangen zu können.

Den beschwerlichsten Widerstand leistet die dünne kalte Luft. Als Schröder bei seinem Fluge auf 20 000 Fuß gestiegen war, bemerkte er, daß seine Brille zu frieren begann, wodurch es ihm natürlich sehr erschwert wurde, die Instrumente abzulesen. In der Höhe von 25 000 Fuß geriet er in einen einigermassen kritischen Zustand. Es schien ihm, als ob die Sonne sehr schwach schiene, das Surren des Motors konnte er kaum noch hören, und er fühlte sich sehr hungrig. Er hatte den Eindruck, daß es sehr spät sein müsse und der Abend bereits hereinbräche; trotzdem ließ er nicht ab zu steigen, da er sich nach früheren Erfahrungen vor einer Landung bei Nacht nicht scheute. Als er mehr als 25 000 Fuß hoch war, atmete er Sauerstoff ein, und alsbald veränderte sich sein Zustand vollständig. Die Sonne schien wieder strahlend, der Motor klang lebendiger, das Hungergefühl war verschwunden, und Schröder fühlte sich so glücklich, daß er vor Freude hätte singen mögen. Dabei konnte er freilich nur durch einen kleinen Teil seiner Brille sehen, der durch einen aus dem Motor darauf gefallenen Öltröpfchen vor dem Frost bewahrt wurde.

Der klare blaue Himmel und die ungeduligen Wolken unter dem Flugzeuge boten einen herrlichen Anblick, aber die gestotrene Brille erwies sich je länger je unbrauchbarer. Alle 10 Minuten zog Schröder die Handtaube aus und legte seine Hände an die Brille, um sie etwas aufzuwärmern. Nur so konnte er die Instrumente beobachten

Eduard Bernstein für Einigkeit.

Abgeordnete der beiden sozialdemokratischen Parteien hatten gestern die aus dem Felde zurückgekehrten Parteigenossen zu einer Versammlung nach dem „Konfordinaal“ eingeladen. Den zurückgekehrten sollte Gelegenheit gegeben werden, sich zu unterrichten über die politischen Vorgänge, die sich während ihrer Abwesenheit in der Heimat, namentlich im Parteileben abgepielt haben. Das Thema lautete: „Deutschlands Lage und der Bruderkampf in der Sozialdemokratie“.

Der Referent Eduard Bernstein schilderte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands als überaus elend. Der Krieg hat den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens gebracht. Die Industrie ist zum Teil bankrott. In dieser Situation kam die Revolution. Beide sozialdemokratische Parteien übernahmen die Regierung. Die Fraktion der Unabhängigen hat dem mit großer Mehrheit zugestimmt. Das Zusammengehen ist nach meiner Meinung unabwendbar. Ein Nein der Unabhängigen hätte ein Verbrechen an der Sozialdemokratie bedeutet. Hätten die Sozialdemokraten ein Nein gesagt, dann hätten die Mehrheitssozialisten die Möglichkeit gehabt, die Regierung entweder allein, oder zusammen mit Angehörigen bürgerlicher Parteien zu übernehmen. In beiden Fällen wäre die Regierung in die schwierigste Lage gekommen. Hätten die Unabhängigen ein Ja gesagt, dann wären sie in eine Oppositionsstellung zur Regierung gekommen. Das würde auch eine Opposition von rechts hervorgerufen und die Lage noch unsicherer gemacht haben, als sie ohnehin sind.

Es gibt ein Gesetz der Konsequenz. Nach diesem Gesetz haben wir, indem wir dem Zusammengehen mit den Mehrheitssozialisten in der Regierung zustimmten, den ersten Schritt zur Verständigung getan. Darüber habe ich mich keinen Augenblick getraut. Wir stehen jetzt in einer ganz anderen Situation wie vor dem Kriege.

Jetzt muß der Parteihaber begraben werden.

Sie können mir ja gar nicht zusammenarbeiten. Wer das für unerwünscht hält, der muß logischerweise auch gegen das Zusammenarbeiten beider Parteien in der Regierung sein.

Was trennt denn die beiden sozialdemokratischen Parteien? Wir können doch denken auf der anderen Seite nicht bestreiten, daß sie Sozialdemokraten sind, und daß sie sozialdemokratische Ziele haben. (Widerspruch.) Ihr könnt die Politik der Mehrheitspartei verurteilen, aber ihr könnt ihnen die sozialdemokratische Stimmung nicht abprechen. Was sie auch getan haben mögen, sie haben nicht nur nicht bereut, daß sie internationale Sozialdemokraten geblieben sind, sondern sie haben wiederholt die Hand zu internationalen Konferenzen geboten. Das könnt ihr doch nicht bestreiten! Nicht die Grundzüge und nicht das Ziel trennen uns von den Mehrheitssozialisten, sondern nur bestimmte Methoden des Kampfes. Das ist durchaus nichts geringes. Wenige haben, das so tief empfunden wie ich.

Den Anlaß zur Spaltung gab die Bewilligung der Kriegskredite. Noch heute bin ich der Überzeugung, daß die Bewilligung ein großer politischer Fehler, ja ein Unheil gewesen ist. Ich mache es mir zum größten Vorwurf, daß ich am 4. August 1914 für die Bewilligung nicht nur gestimmt, sondern auch gesprochen habe. (Bravo! — Sie haben aber den Fehler gleich korrigiert!) Ich habe das Unheil der Welt gesehen, das die Zustimmung herbeigeführt hat. Aber so leidenschaftlich ich das empfunden habe, niemals habe ich den anderen den guten Glauben abgesprochen. Die Frage lag doch außerordentlich kompliziert. Man konnte nach reiflicher Überlegung doch auch zu dem Standpunkt kommen, daß die Bewilligung der Kredite notwendig sei. Die Mehrheitspartei haben die Dinge anders an als wir und sie handeln nach ihrer Überzeugung. Nach meiner Überzeugung leben sie die Dinge falsch an. Sie sehen nicht, daß es viel richtiger war, durch Ablehnung der Kredite den internationalen Zusammenhalt des Proletariats zu sichern. Sie leben nur die Gefahr, in der Deutschland schwebt. In einem Punkt hätten sie vielleicht mehr recht als wir: Wenn wir jetzt sehen, wie sich der Imperialismus in Frankreich und England zeigt, wer will dann sagen, daß die Mehrheitssozialisten im Unrecht waren? Aber ich halte ihre Politik jetzt noch für falsch.

So leidenschaftlich ich auch den Gegensatz zwischen beiden Richtungen empfand, habe ich in Gotha doch gegen die Gründung einer eigenen Partei der Unabhängigen gesprochen und gestimmt. Ebenso in Stuttgart und Halle. Ich, der ich seit 41 Jahren Sozialdemokrat bin, kenne aus eigener Anschauung die alten Kämpfe zwischen Sozialisten und Eisenachern und habe eifrig mitgemacht. Ich hätte 1874 nicht geglaubt, daß wir ein Jahr später wieder zusammengehen würden. Es ist geschehen, trotz der Erschütterung, trotz dem Haß, womit sich die beiden sozialdemokratischen Richtungen belämpft hatten. Aber ich möchte solche Bruderkämpfe nicht noch einmal erleben.

Nach dem Bruch in Gotha hatten wir drei sozialdemokratische Parteien: Die alte Partei, die Unabhängigen und die Spartakusgruppe. Dazu kam im Jahre 1917

der Einfluß des russischen Bolschewismus

auf Deutschland. Die Diktatur des Proletariats war die Lösung. Wer die Diktatur wurde ganz anders aufgefaßt, als wir sie früher aufgefaßt haben. Wir haben uns die Diktatur nie anders vorgestellt, als daß sie durch die Demokratie ausgeübt wird. (Widerspruch.)

Das, was die ursprüngliche Parteimehrheit und die Unabhängigen getrennt hatte, war durch die revolutionären Ereignisse zum größten Teil verschwunden.

Wir müssen sobald wie möglich feste, geordnete Zustände in Deutschland bekommen. Dazu ist die Nationalversammlung notwendig. Wir müssen Frieden haben, damit wir wieder wirtschaften können. (Zuruf: Die Nationalversammlung hilft uns nichts!) Glaubt ihr so geringen Vertrauen in die Macht der Arbeiterklasse, daß sie ihren Willen nicht durchsetzen kann? Was nützt euch dann die Parteipolitik? Geht es denn den Arbeitern in Rußland besser als uns? Da stehen die Fabriken still. Da herrscht nicht das Proletariat, sondern eine Minderheit läßt mit Hilfe von bezahlten Gardes die Herrschaft aus. (Beifall.) Die Folge davon ist eine vollständige Kündung des Wohlstandes im ökonomischen Sinne.

Mit Riesenschritten geht es in Rußland rückwärts.

(Zustimmende Unruhe und Widerspruch.) Wollt ihr das nicht hören? (Zustimmend laut: das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. (Beifall.) Wollt ihr auf die Wahrheit nicht hören, so ist das auch für euch ein Unglück. Ich will euch zeigen, wozu unser Volk geführt wird, wenn die unheilbaren Zustände andauern oder wir gar zu russischen Verhältnissen kommen sollten. Zwei Drittel der deutschen Arbeiter leben von der Industrie. Kommt es bei uns so wie in Rußland, dann wird die Industrie vernichtet und die Arbeiter verlieren die Grundlage ihrer Existenz. Das heißt Elend wird eintreten und dann kommt die Reaktion und die Gegenrevolution. Wir können die

Republik nur dann sicherstellen, wenn wir zusammenarbeiten, Schluß an Schul! (Starker Beifall.)

Was steht denn dem Zusammenarbeiten entgegen? Auf der einen Seite Personenzugehörigkeit. Aber wenn so Großes auf dem Spiele steht, darf man es an Personenzugehörigkeit scheitern lassen? (Viele Zurufe: Nein, niemals.) Wenn Parteien zusammengehen, dann muß jede von ihnen die Personen annehmen, die die andere als ihre Vertrauensleute vorschlägt, was man auch sonst gegen diese Personen haben mag. Es trennen uns aber auch soziale Differenzen. Aber darin sind wir einig: Die Demokratie muß befestigt und ausgebaut, die Wirtschaft muß schrittweise sozialisiert und in der Zwischenzeit muß dafür gesorgt werden, daß unsere Wirtschaft nicht zugrunde geht.

Die Spartakusgruppe treibt eine Elendspolitik, die zur Zerschlagung des ganzen deutschen Volkes führen muß. Sie hoffen auf die Weltrevolution und glauben, auf den Trümmern, die sie bringt, die soziale neue Gesellschaft aufbauen zu können. Das ist eine Spekulation ins Unbestimmte. In Frankreich und England haben wir nicht vor der Revolution. Noch weniger in den Vereinigten Staaten. (Zuruf: Das kommt noch!) Die Spartakusleute sagen: Hat der Krieg so viele Menschenleben und Milliarden gekostet, warum soll die Revolution nicht auch Opfer an Gut und Blut kosten. (Schmerzlicher Widerspruch. Zuruf: Nein Sozialdemokrat ist für Massenmord.) Glauben Sie denn, daß es beim Terrorismus ohne Massenmord abgeht? Entweder Sie sind Demokraten, oder Sie kommen zur Diktatur wie in Rußland,

dann haben Sie den Massenmord.

wo man Unschuldige zur Vergeltung für die Handlungen anderer Hinmordet, wie es die Bolschewisten in Rußland getan haben. In solchen Gewaltmaßnahmen führt die Logik der Todlosen, wenn man nicht die Demokratie will. Wer keine Gewalt will, wer an der Demokratie festhalten und sie organisch fortentwickeln will, der muß sich dafür entscheiden, daß wir Sozialdemokraten Schluß an Schul! arbeiten müssen. Es kann nicht sofort die Verschmelzung der beiden Parteien erfolgen. Erst müssen sich die politischen Differenzen noch weiter verringern. Aber wir müssen bei den Wahlen zusammengehen. Die Gegenüberstellung zwischen beiden Parteien müssen auf sachliche Fragen beschränkt und diese müssen demokratisch und in beiderseitiger Weise erörtert werden. Wenn wir uns das zum Grundgesetz machen, dann können wir alle gegen die Revolution gerichteten Bestrebungen mit vollem Erfolg bekämpfen. Wenn nicht, dann ist die Gegenrevolution da. Wenn Karl Marx feinerzeit sagte: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch“, so rufen wir heute: „Sozialdemokraten Deutschlands, vereinigt euch.“ (Starker Beifall.)

Der zweite Referent war Genosse Davidsohn von der S. V. D. Unter lebhaftem Beifall betonte er, man solle jetzt endlich Schluß machen mit der Erörterung der Schuldfrage im Anschluß an die Kreditbewilligung. Kämpfen wir gemeinsam gegen die Bourgeoisie, gegen die Reaktion und machen wir diesen Feinden des Proletariats den Garaus. (Lebhafter Beifall.)

Die Leitung der Versammlung legte eine Resolution vor, die sich grundsätzlich für die Annahme einer Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien ausspricht; da sie aber bis zu den Wahlen zur Rationalisierung nicht mehr durchgeführt werden kann, so wird das Zusammengehen beider Parteien bei der Wahl als unbedingt notwendig im Interesse der Arbeiterklasse gebilligt.

Da der Saal zu einer bestimmten Stunde geräumt werden mußte, so fand für die Diskussion nur noch eine gute halbe Stunde zur Verfügung. Die Redezeit wurde auf 10 Minuten beschränkt. Es kamen nur vier Redner zu Wort, die sämtlich den Unabhängigen angehören.

Beter sagte, auch er wolle die einseitige Front beider Parteien. Jeder vernünftige Mensch wolle das. Wir werden bei der Wahl zu gebundenen Rippen kommen, aber für die Verschmelzung beider Parteien sei die Zeit noch nicht gekommen.

Andere Redner betonten mit großer Schärfe das die beiden Parteien Trennende und behaupteten, die Führer der S. V. D. seien Schuld an der Spaltung.

Die Resolution des Bureau wurde mit großer Mehrheit angenommen und beschlossen, die Beratung später fortzusetzen.

In der Sitzung des provisorischen Nationalrats von Bayern am 18. Dezember sagte Genosse Ed. Schmid, Führer der S. V. D. im Reichstag, die beiden sozialistischen Parteien abgelehnt. Darauf antwortete Götner:

Es gab nur eine unverbindliche Unterhaltung darüber, ob man getrennte oder gemeinsame Kandidatenlisten aufstellen sollte. Man war einig, gegenseitige Polemik untereinander zu vermeiden. Als die Unabhängige Sozialdemokratie am letzten Sonntag in Nürnberg zum Nationalrat teilgenommen hat, ist es leider zu spät gekommen eine Resolution dorthin, ersucht, daß die Unabhängige sozialdemokratische Partei vereint mit der sozialdemokratischen im Sinne der gegenwärtigen Regierung operiere; zweitens daß die Unabhängigen entschlossen seien, jeder Anzeigung auf Wiedervereinigung der sozialdemokratischen Klassen Folge zu leisten.

Auf einer Reichskonferenz der Unabhängigen für Thüringen sagte Reichsrat-Präsident die Frage sei heute: Für oder gegen den Sozialismus? Die Massen hätten für den Streik kein Verständnis. Man dürfe sich über die Wurzeln der Kraft der großen Revolution seiner Täuschung hingeben. Sie seien nicht in Berlin verankert, wie man uns dort plausibel machen möchte. Berlin sei nicht das Herz der Revolution. An dieser Tatsache vermöchten alle lebenden Demonstrationen in den Straßen der Reichshauptstadt nichts zu ändern. Heute brauchen wir eine zielstarke Politik und Taktik, keine Demonstrationen. — In der Aussprache sagte Reichsrat-Präsident: Man müsse

eine scharfe Grenzlinie nach Nord

ziehen. Mit einigen mit Pöhlner angeführten beladenen Autos mache man keine Politik. So hoch der Idealismus der führenden Spartakusleute bewertet werden müsse, so entschieden müßten wir ihre Politik ablehnen. Sie wolle führend und direkt schädigend. Beim Kampf um die Nationalversammlung sei es dringend notwendig, eine geschlossene Front des werktätigen Volkes gegen die Reaktion zu bilden. Und darum sei er für geschlossenes Vorgehen beider sozialistischen Parteien.

Schließlich wurde mit 90 gegen 7 Stimmen eine Resolution angenommen, die sich für ein Zusammengehen beider Parteien ausspricht, die Auffstellung paritätischer Kandidatenlisten und den Ausschluß kompromittierter Persönlichkeiten von dieser Liste fordert. (Entscheidend dieser etwas historische Beschluß dem gegebenen Arbeitsverhältnis? Red. d. Vorw.)

Rutiner und Karl Tiedt kündete Ansprachen: tiefstehende Worte des Dankes. Vereinerlichung wendende Bekräftigungen treuhalten an dem Erreichten, unermüdliches Schaffen im Dienste der Revolution und des Sozialismus und für alle Zeit. Festprolog von Emma Döls und Ernst Brezang. Abschlüssliche Diktierarbeit, die noch heute nach mehreren Jahren wirken wie am ersten Tage. Instrumentalfolge. Gesangsstücke und Rosenkranz: — sie alle unbrandete und übertraute der jubelnde Beifall der Kameraden.

Der Feiertag sollte eine Demonstration

Viele Tausende waren dem Ruf gefolgt. Die Teilnehmer sammelten sich um 1/2 Uhr mittags im Lustgarten. Drei verteilte Kameraden, welche im eigenen Kranzgefäß gefahren wurden, eröffneten den Demonstrationzug. Ihnen schlossen sich die Kameraden an, die infolge eines Vermerks am Krücken gehen mußten. Das folgten in endloser Reihe andere Kriegsschädigte.

Blinde wurden geführt. Auch einige Wagen fuhren im Zuge, welche verkrüppelte Kameraden trugen.

An der Spitze des Demonstrationzuges wurde eine Tafel mit der Aufschrift „Nicht Dank, nur Recht!“ getragen. Auf anderen Tafeln konnte man lesen: „Daraus mit den Schulden, die uns ins Elend führten!“ und „Wo bleibt die Dubendorff-Spende?“ Aufsehen erregte eine Tafel, auf welcher ein Soldat dargestellt war, der nur ein Bein und einen Arm hatte, in welchem er den Kopf trug. Daneben war zu lesen: „Des Vaterlandes Dank ist die monatliche Rente von 67,80 M.“

An der Ecke der „Linden“ und Schadowstraße traf der Demonstrationzug auf einziehende Truppen. Spontan streiften die Kriegsschädigten ihre Krücken empor. Von einzelnen Teilnehmern wurden Verwünschungen gegen die Offiziere laut, welche schärflich imstande waren, ihre Pferde zu parieren. Nach kurzen Aufenthalt konnten die Demonstranten weiterziehen. Auf dem Pariser Platz wurde dann Halt gemacht. Von der Rednertribüne, welche dem Truppenempfang dient, hielt Kamerad Tiedt eine kurze Ansprache an die Demonstrationsteilnehmer. Dann ging es weiter durch die Budapester Straße, über den Leipziger Platz und durch die Leipziger Straße zum Kriegsministerium.

Eine Deputation überbrachte hier die Forderungen der Demonstranten. Da die Verhandlungen sich länger Zeit hinzogen, wurden die Wartenden ungeduldig. Eine Ansprache des Kameraden Rutiner beruhigte die Wartenden, welche die Leipziger Straße von der Wilhelmstraße bis zum Leipziger Platz füllten, so daß jeglicher Verkehr unterbunden war.

Endlich teilte Kamerad Tiedt vom Balkon des Kriegsministeriums aus mit, daß die Unterstaatssekretäre Bauer und Böhre sprechen wollten. Ersterer sagte im Austrage des Demobilisierungsausschusses, daß in den nächsten Tagen ein Notgesetz erlassen werden solle, welches die wesentlichen Forderungen der Kriegsschädigten erfüllen würde. Es solle Sorge getroffen werden, daß die Kameraden, welche arbeitsfähig sind, wieder Aufnahme in den Betrieben finden sollten. Ebenso solle dafür gesorgt werden, daß die gezahlten Renten beim Lohn keine Anrechnung finden dürften. Nach Bauer erklärte Unterstaatssekretär Böhre, daß er dafür einsehen werde, daß die berechtigten Forderungen der Kriegsschädigten berücksichtigt und die Renten entsprechend erhöht werden sollten. Vertreter des Reichsbundes der Kriegsschädigten sollen in den einschlägigen Fragen zur Beratung mit herangezogen werden.

Zum Schluß forderte Kamerad Tiedt die Demonstrationsteilnehmer auf, nachdem die Erfüllung der Forderungen ausgesetzt worden sei, in Ruhe nach Hause zu gehen. Sollten die Kriegsschädigten wieder gehalten werden, so würden sie bald ihr Erscheinen wiederholen. Zahlreiche Zurufe bekräftigten diesen Ausspruch; dann löste sich die Demonstration auf.

Begrüßungskonzerte für die heimgekehrten Soldaten nebst Angehörigen veranstaltete die Sozialdemokratische Partei (Mehrheitspartei) am 1. Freitag im Blüthneraal, 3/4 Uhr, und am 2. Feiertag 3/4 Uhr im Veitshofensaal. Das Programm für den 1. Feiertag enthält Arien und Lieder der Mitglieder des Deutschen Opernhauses, Kammerfängerin Emmy Zimmermann und Harry Steier, Gesangslied von Margarete Reifner, weitere Rezitationen von Maria Schipmann, die Begrüßungsansprache hält Volksbeauftragter Ebert. Für den zweiten Tag haben gütlich ihre Mitwirkung zugesagt: Professor Waldemar Meyer (Seige), Kammerfängerin Dora Moran (Gesang), Nora Jepsel (Rezitation), sowie der Berliner Volkshor (Dirigent: Kap. Musikdirektor Max Gläse); die Begrüßungsansprache hält Volksbeauftragter Scheidemann. Der Eintritt ist für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige frei.

Der Rohstoffmangel droht nach Mitteilung des Verbandes Märktlicher Arbeiternachweise unter gänzlichem Wirtschaftsleben, besonders das Metallgewerbe, zum Stillstand zu bringen. Der Verband Deutscher Metallindustrieller meldete in der Formoos 2241 Stellenfällende, der Metallarbeiterverband bereits 5100. Auch in den Kohlenruben und in der Landwirtschaft herrscht ungeschmälerte Nachfrage nach gelehrten Kräften, da die fernöstlichen Kriegsspezialisten allmählich zur Entlassung kommen. Auch in der Forstwirtschaft werden Ausschulungskräfte zur Ausübung von Forstwachposten anfordert.

Die Tragödie einer jungen Ehe. Gestern Nachmittag wurde der 29 Jahre alte Schriftsetzer Artur Wollausch aus der Wasserwerter 56 mit seiner jungen Frau besinnungslos im Bett aufgefunden. Beide Gashähne der Lampe waren geöffnet und das Zimmer mit Gas angefüllt. Sofort angestellte Wiederbelebungsbefuche hatten bei der Frau auch nach längerem Bemühen keinen Erfolg, der Mann konnte jedoch nicht mehr gerettet werden. Seine Leiche wurde dem Scharnhauß überwiefen, die Frau nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Da diese noch nicht verstorben werden konnte, stößt nach nicht fest, ob es sich um einen gemeinsam beschlossenen Selbstmord handelt, oder nur die eine Ehehälfte ohne Wissen der anderen die unglückselige Tat begangen hat.

Die Soldatenräte Groß-Berlins wählten in ihrer gestrigen Volksversammlung eine Kommission zur Verhandlung mit dem Generalkommando.

Die 1. Garbereiserve-Division zog gestern mittags in Berlin ein und wurde am Brandenburger Tor feierlich begrüßt. Volksbeauftragter Scheidemann hieß die Truppen im Namen der Regierung herzlich willkommen und dankte ihnen für alles das, was sie zum Schutz ihres Vaterlandes Jahr und Tag getan.

Nach dem Volksbeauftragten Scheidemann sprach noch der Generalleutnant Requis herzlichste Worte der Begrüßung.

Gewerkschaftsbewegung

Trohender Reklamerstreik.

Unter dieser Überschrift bringen Berliner Mittag- und Abendzeitungen einen Artikel, der durch einflussreiche Nachrichten die Lohnbewegungen der Gastwirtschaften beim Publikum in Mitleid bringt. Die organisierten Gehilfen haben beschlossen: Einschränkung des Arbeitsstunden, Abschaffung des Trialkontrahens und Achtung fester Wochenlöhne, die bei Reklamer 100 bis 125 M. pro Woche festgesetzt sind. Verhandlungen mit den Unternehmern sind im Gange. Wegen jeder Verdrückung durch die letzteren hat sich eine Versammlung der Vertrauensleute sämtlicher Betriebe angesprochen und beschlossen, die festen Löhne ab 1. Januar einzuführen. Es kann also von einer Verbeibaltung der Trialkontraher gar keine Rede sein. Wenn kommt ein Preisrückgang von 10 bis 20 Proz. nicht in Frage, es sei denn die Unternehmer wollen, wie bei fast allen Steuererträgen, auch bei der Lohnfrage ihre Taschen um Tausende bereichern. Wegen der Verminderung des Reklamerbestandes werden die Gehilfen schon die geeigneten Mittel finden.

Kerner wurde auch in einer von über 4000 Angestellten besuchten Versammlung beifolgt, um heiligen Abend nur bis 6 Uhr abends zu arbeiten.

Groß-Berlin

Begrüßungsfeier heimgekehrter Soldaten.

Eine newattliche Demonstration.

Zum Rufus Busch hatte der Reichsbund Kriegsschädigter und ehemaliger Kriegsteilnehmer gestern vormittag die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden entboten, um ihnen allda ein der Stunde und des Grenzlandes würdiges Begrüßungsfest zu bereiten. Eine gewaltige Schar, füllten sie den Nielsenraum. Mit dem Arbeiter-Sängerkreis, mit Rezitatoren und Gesangsführern Margarete Keff, Hans de Vogt, Herbert Stoß, verteilte die Musikkapelle des 8. Garde-Arenadierregiments in geballten Porträgen Junitien aller Verfassungen hielten die Kameraden sich

